

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Finanzausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 15.04.2010	Beginn 13:00 Uhr	Ende 17:20 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Hortolani, Frauke Dr.
Philipp, Gerd E.
Schwabe, Bernd Ulrich
Tempel, Gabriele
Kampschulte, Matthias
Steuernagel, Rolf
Zeilert, Hans-Jürgen
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Kranz, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Siepmann, Ernst Walter
Sartor, Christiane
Stark, Wolfgang

Vertretung für Herrn Grüntker
Vertretung für Herrn Beckmann

Vorsitzender

Schwunk, Michael

stellv. Vorsitzender

Flüshöh, Oliver

stellv. Vorsitzende

Strelow, Martin

ab 15:40 Uhr

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Dickhaus, Rolf
Dowidat, Christa
Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Kaltenbach, Rosemarie
Kuss, Jürgen
Mollenkott, Marion
Stobbe, Jochen
Striebeck, Thomas
Voß, Jürgen

Schriftführer/in

Müller, Ursula

Abwesend:

Mitglieder

Grüntker, Hermann
Beckmann, Philipp J.

vertreten durch Frau Sartor
vertreten durch Herrn Stark

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-------|---|------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2010 | |
| 2 | Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 4 | Mündlicher Finanzbericht am 15.04.2010 | 084/2010 |
| 5 | Haushaltssicherungskonzept | |
| 5.1 | Resolution des Ennepe-Ruhr-Kreises und der kreisangehörigen Städte zur kommunalen Haushaltslage | 051/2010/1 |
| 5.2 | Steuersatzungen | |
| 5.2.1 | 2. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2000 | 069/2010 |
| 5.2.2 | Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer | 203/2009 |
| 5.2.3 | Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer | 203/2009/1 |
| 5.2.4 | 1. Nachtrag zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2006 | 070/2010 |
| 5.3 | Eintrittsentgelte im Hallenbad | |
| 5.3.1 | Veränderung und Erhöhung der Eintrittsentgelte im Hallenbad | 220/2009 |
| 5.3.2 | Veränderung und Erhöhung der Eintrittsentgelte im Hallenbad | 220/2009/1 |

5.4	Ergebnisse aus den Fachausschüssen	
5.4.1	Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen zum Haushalt 2010/2011 und zum Haushaltssicherungskonzept	048/2010
5.4.2	Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen zum Haushalt 2010/2011 und zum Haushaltssicherungskonzept	056/2010
5.5	Neufassung des Entwurfs der Fortschreibung des Haushaltssicherungs - und Personalwirtschaftskonzeptes (2010 und Folgejahre)	065/2010
5.6	Anträge der Fraktionen	
5.6.1	Gemeinsame Anträge der Fraktionen SPD, CDU, FDP und B'90/Die Grünen zum HSK 2010 vom 14.04.2010	090/2010
5.6.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN "Antrags- / Prüfauftragsliste für Haushaltssicherungskonzept 2010 ff."	058/2010
5.6.3	Antrag der FDP-Fraktion vom 05.03.10 "Konsolidierungsvorschläge"	060/2010
5.6.4	Antrag der SWG-Fraktion vom 17.03.2010 "Vorschläge zum Haushaltssicherungskonzept"	055/2010
5.6.5	Antrag der SPD-Fraktion vom 22.03.2010 "Beratungsvorschläge HSK Etat 2010/2011"	053/2010
5.6.6	Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2010 "Vorschläge zur Konsolidierung der städtischen Finanzen"	054/2010
5.6.7	Antrag der Fraktion Die Linke vom 24.03.10 "Konsolidierungsvorschläge"	068/2010
5.6.8	HSK - Vorschläge der Fraktionen	085/2010

6	Kategorisierung und Priorisierung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2010 veranschlagten Investitionen (Prioritätenliste)	075/2010
7	Kategorisierung und Priorisierung der im Haushaltsplan 2010/2011 für das Haushaltsjahr 2011 veranschlagten Investitionen (Prioritätenliste)	075/2010/1
8	Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes 2010/2011 einschließlich Änderungslisten	072/2010
9	Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes 2010/2011 einschließlich Änderungslisten	072/2010/1
10	Jahresabschluss 2009 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS)	074/2010
11	Jahresabschluss 2009 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS)	074/2010/1
12	Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs- Unternehmen am 04.05.2010	086/2010
13	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen - An TBS AöR für Energiekosten Straßenbeleuchtung	073/2010
14	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen - Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten -	077/2010
15	Fragen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2010

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	dafür	15
	Enthaltungen:	1

2 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung

keine

3 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Stobbe berichtet vom gestrigen Gespräch zum Thema Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzept 2010 ff (HSK) beim Dezernat Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Arnsberg. Er teilt mit, dass Einigkeit darüber herrschte, dass die Schwerpunkte der Aufgabenstellung in den Bereichen Personal, Reduzierungen der Standards, Ertragssteigerungen, Interkommunaler Zusammenarbeit, Gebäudebewirtschaftung, Beteiligungen, Kultur und Bildung liegen. Er erläutert außerdem, dass vereinbart wurde, die einzelnen Themengebiete in weiteren Gesprächen zu bearbeiten und bis September ein Paket mit HSK-Maßnahmen festzulegen. Als grundsätzliche Zielvorstellung wurde die Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts in einem Zeitfenster zwischen 5 und 10 Jahren definiert.

4 Mündlicher Finanzbericht am 15.04.2010

084/2010

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Voß verweist zunächst auf die ausliegende Tischvorlage 084/2010:

- Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten 2009/2010
- Kreditaufnahmen/ Umschuldungen 2009/ 2010

Außerdem berichtet er, dass durch den Einbau der Wärmerückgewinnungsanlage im Hallenbad bereits erfreuliche Energieeinsparungen zu verzeichnen sind und belegt diese mit folgenden Zahlen:

Erdgasverbräuche 1. Quartal 2009:	rd.	101.000 €
<u>Erdgasverbräuche 1. Quartal 2010:</u>	<u>rd.</u>	<u>52.000 €</u>
Ersparnis	rd.	49.000 €

Stromverbräuche 1. Quartal 2009:	rd.	8.000 €
<u>Stromverbräuche 1. Quartal 2010:</u>	<u>rd.</u>	<u>3.000 €</u>
Ersparnis	rd.	5.000 €

Herr Voß erläutert abschließend, dass sich bei der errechneten Gesamtersparnis i.H.v. 54.000 € die getätigte Investition voraussichtlich innerhalb eines Jahres amortisieren würde.

5 Haushaltssicherungskonzept

5.1 Resolution des Ennepe-Ruhr-Kreises und der kreisangehörigen Städte zur kommunalen Haushaltslage 051/2010/1

Herr Schwunk (FDP-Fraktion) erläutert, dass die Resolution in der Fassung der Vorlage 051/2010 mittlerweile überarbeitet wurde und nunmehr in einer leicht abgeänderten Fassung am 25.03.10 vom Kreistag beschlossen wurde (Anlage 1 zur Vorlage 051/2010/1). Außerdem führt er aus, dass der Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises mit Schreiben vom 25.03.10 zwischenzeitlich eine rein redaktionelle Änderung angeregt hat (Anlage 2 zur Vorlage 051/2010/1).

Außerdem führt Herr Schwunk aus, dass der Wunsch der FDP-Fraktion nach der Entfernung des Passus zum Thema Gewerbesteuer als zentrale kommunale Einnahmequelle auf S. 2 unter Spiegelstrich 4 in der Fassung des Kreistagsbeschlusses enthalten sei und daher die FDP-Fraktion auch im Rat der Stadt Schwelm am 29.04.2010 der Resolution in der Fassung der Vorlage 051/2010 Anlage 2 zustimmen werde.

Es wird folgender geänderter Beschluss gefasst:

Die Resolution wird in der Fassung der Anlage 2 zur Sitzungsvorlage 051/2010/1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	12
	dagegen:	4

5.2 Steuersatzungen

5.2.1 2. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2000 069/2010

Herr Philipp (SPD-Fraktion) begrüßt die beabsichtigte Erhöhung der Hundesteuer. Er schlägt vor, die Hundesteuersatzung abweichend vom Vorschlag der Verwaltung zu ändern.

Der Verwaltungsvorschlag sieht eine Steuererhöhung für einen Hund auf 100 €, für zwei Hunde auf 120 € je Hund und für drei Hunde auf 140 € je Hund vor.

Herr Philipp stellt den Änderungsantrag, dass die Hundesteuer für zwei Hunde auf 125 € je Hund und für drei Hunde auf 150 € je Hund festgesetzt werden soll.

Herr Flüshöh (CDU-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Herrn Philipp an und erkundigt sich nach Erfahrungswerten hinsichtlich einer differenzierten Besteuerung nach Hunderassen. Herr Voß führt aus, dass der Verwaltung zur Zeit keine Erfahrungswerte vorliegen. Frau Gießwein (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) berichtet, dass ihr Städte bekannt sind, die zwischenzeitlich eine differenzierte

Ein entsprechender Änderungsantrag wird von der SWG-Fraktion gestellt.

Abstimmungsergebnis:	dafür	1
	dagegen:	14
	Enthaltungen:	1

Herr Flühöh verweist auf den Antrag der CDU Fraktion (Vorlage 054/2010), den Hebesatz für die Grundsteuer B stufenweise, und zwar in 2010 um 15 v.H. auf 410 v.H. und in 2011 um 15 v.H. auf 425 v.H., anzuheben.

Ein entsprechender Änderungsantrag wird von der CDU-Fraktion gestellt.

Abstimmungsergebnis:	dafür	5
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	1

Frau Lubitz erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand des im Antrag der Fraktion Die Linke (Vorlage 068/2010) enthaltenen Prüfauftrags zum Thema Grundsteuer B für Industriebrachen. Herr Kuss erläutert, dass der Prüfauftrag noch nicht abschließend bearbeitet ist und daher noch keine Stellungnahme erfolgen kann.

Herr Schwunk führt aus, dass ein Hebesatz für die Grundsteuer B, der unterhalb des Hebsatzes von vergleichbaren Kommunen liegt, nicht zu rechtfertigen ist und die FDP- Fraktion daher dem Verwaltungsvorschlag den Hebesatz Grundsteuer B auf 435 v.H. anzuheben, zustimmen wird.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Änderungssatzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Schwelm wird entsprechend dem der Vorlage Nr. 203/2009/1 beigefügten Entwurf beschlossen (Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 435 v.H. rückwirkend zum 01.01.2010).

Abstimmungsergebnis:	dafür	8
	dagegen:	7
	Enthaltungen:	1

5.2.4 1. Nachtrag zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt 070/2010 Schwelm vom 15.12.2006

Herr Flühöh erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Möglichkeit bestehe, für Einnahmen von Wettbüros Vergnügungsteuer zu erheben.

Herr Kuss verspricht, die Fragestellung zu prüfen.

Herr Philipp stellt abweichend vom Vorschlag der Verwaltung (Vorlage 070/2010) den Antrag, die Vergnügungssteuer in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit auf 15,0 v.H. des Einspielergebnisses und in Gastwirtschaften und sonstigen Orten auf 12,0 v.H. des Einspielergebnisses zu erhöhen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der 1. Nachtrag zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Schwelm vom 15.12.2006 wird abweichend von dem der Vorlage der Verwaltung 079/2010 beigefügten Entwurf mit folgender Änderung beschlossen:

§ 10 (1)

Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung

1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 5 a) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	15,0 v.H. des Einspielergebnisses
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	60 Euro

2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 b) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	12,0 v.H. des Einspielergebnisses
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	30 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

Protokollnotiz:

In der Fortsetzung der Sitzung des Finanzausschusses am 22.04.2010 erläutert Herr Kuss Herrn Flüshöh, dass Einnahmen aus der Tätigkeit von Wettbüros nicht der Vergnügungssteuerpflicht unterliegen. Sollten aber dort vergnügungssteuerpflichtige Apparate aufgestellt sein, ist eine Steuerpflicht gegeben.

5.3 Eintrittsentgelte im Hallenbad

5.3.1 Veränderung und Erhöhung der Eintrittsentgelte im Hallenbad 220/2009

Beschluss siehe folgende Vorlage Nr. 220/2009/1.

5.3.2 Veränderung und Erhöhung der Eintrittsentgelte im Hallenbad 220/2009/1

Herr Philipp verweist auf den Wortbeitrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Finanzausschusses am 25.03.2010 in dem sie sich im Zusammenhang „Gruppenkarte“ für nur **eine** Gruppenkarte ausgesprochen hat, die für zwei Erwachsene mit bis zu fünf Kindern gelten und 8,00 € kosten soll. Es wird ein entsprechender Änderungsantrag zum Verwaltungsvorschlag gestellt.

Es wird folgender geänderter Beschluss gefasst:

Die Tarifänderungen für das Hallenbad sollen, wie in der Verwaltungsvorlage 220/09 vorgeschlagen, zum 01.08.2010 eingeführt werden.

Abweichend vom Vorschlag der Verwaltung (Vorlage 220/2009 und 220/2009/1) wird die alte Gruppenkarte II (gültig für zwei Erwachsene mit bis zu 5

Kindern/Jugendlichen) als alleinige Gruppenkarte beibehalten. Der Preis der Gruppenkarte beträgt 8,00 €.

Abstimmungsergebnis:	dafür	14
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

5.4 Ergebnisse aus den Fachausschüssen

5.4.1 Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen zum 048/2010 Haushalt 2010/2011 und zum Haushaltssicherungskonzept

Siehe Niederschrift zu TOP 5.4.2.

5.4.2 Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen zum 056/2010 Haushalt 2010/2011 und zum Haushaltssicherungskonzept

Die Fraktionen stimmen sich dahingehend ab, die Vorlagen Nr. 048/2010 und Nr. 056/2010 „Ergebnisse aus den Fachausschussberatungen zum Haushalt 2010/ 2011 und zum Haushaltssicherungskonzept“ nicht einzeln zu beschließen, sondern die Beratungen in den TOP 5.5 „Neufassung des Entwurfs der Fortschreibung des Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzeptes (2010 und Folgejahre)“ einfließen zu lassen.

5.5 Neufassung des Entwurfs der Fortschreibung des 065/2010 Haushaltssicherungs - und Personalwirtschaftskonzeptes (2010 und Folgejahre)

Herr Philipp greift den Vorschlag der SWG-Fraktion (Vorlage 055/2010) auf, der unter anderem vorsieht, alle Zuschüsse unter 500 € jährlich/ pro Zuschussempfänger zu streichen und alle anderen Zuschüsse um 20 % zu kürzen. Er merkt an, dass dieser Ansatz aus Sicht der SPD-Fraktion aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung vernünftig ist, man sollte jedoch bestimmte Ausnahmen machen.

Herr Flüshöh führt aus, dass er eine Kürzung der Kleinstzuschüsse für ungerecht hält, da man dadurch diejenigen benachteiligt, die sowieso schon wenig bekommen. Dem Vorschlag, die Zuschüsse pauschal zu kürzen, schließt er sich an, möchte aber den Bildungsbereich komplett ausklammern.

Herr Kranz bemerkt, dass eine 20-prozentige Kürzung der Kleinstzuschüsse keine Auswirkungen habe und daher diese komplett gekürzt werden sollten. Er führt außerdem aus, dass die Wertgrenze i.H.v. 500 € nicht dogmatisch gesehen wird. Herr Gießwein spricht sich dafür aus die Kleinstzuschüsse zu kürzen, da man Unterstützung der Institutionen auch durch andere Maßnahmen signalisieren kann. Herr Steuernagel (CDU-Fraktion) ist gegen eine Kürzung der Kleinstzuschüsse, da dadurch wichtige Kleinigkeiten abgebaut werden, die erfahrungsgemäß nicht wiederaufleben.

Herr Voß weist darauf hin, dass alle Überlegungen unter dem Vorbehalt der Entscheidung der Aufsichtsbehörde stehen und daher ein pragmatischer Weg zu wählen ist. Er schlägt vor, die Zuschüsse pauschal um einen noch festzulegenden prozentualen Anteil zu kürzen, dabei aber begründete Einzelfälle auszuklammern.

Die Fraktionen einigen sich zum Bereich „Kürzung freiwilliger Zuschüsse“ auf folgenden Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage 065/2010 aufgeführten freiwilligen Zuschüsse werden in 2010 um 20 % gekürzt. Für die Folgejahre soll ein neues Konzept entwickelt werden.

Ausnahmen:

02.01.01.531700 Zuschuss Tierheim zur Unterbringung Fundtiere

Die Zuschüsse i.H.v. 500 € werden im Etat 2010/2011 und in den Folgejahren veranschlagt. Die HHSt wird mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung versehen.

04.01.06.531700 Zuschuss Dacho u.a.

08.01.01.531700 Zuschüsse nach den Sportförderrichtlinien

Die Zuschüsse i.H.v. insgesamt 27.450 € werden im Etat 2010/2011 und in den Folgejahren zunächst veranschlagt und mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für Kultur und Sport versehen. Bis zur Einbringung des Nachtragshaushaltes werden die Zuschüsse u.a. in Gesprächen mit dem Stadtsportverband e.V. Schwelm, den Schwelmer Sportvereinen, der DACHO und den Nachbarschaften überprüft. (vgl. auch Sitzungsvorlage 090/2010 „Gemeinsame Anträge der Fraktionen SPD, CDU, FDP und B'90/ Die Grünen zum HSK 2010 v. 14.04.2010“)

02.01.08.531800 Zuschüsse an die Löschzüge u. Musikzug Feuerwehr

In den Zuschüssen i.H.v. 4.300 € ist ein Anteil für den Musikzug der Feuerwehr Schwelm i.H.v. rd. 1.000 € enthalten. Dieser Anteil wird um 20 % gekürzt. Der restliche Ansatz wird nicht gekürzt. Außerdem wird die Haushaltsstelle mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung versehen.

06.02.02.531800 Zuschüsse an Jugendverbände u. Stadtjugendring

Der Zuschuss i.H.v. 10.200 € wird für 2010 und Folgejahre gemäß der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses in ungekürzter Höhe beibehalten.

06.03.03.531800 Jugendschutzstelle

Der Zuschuss wird komplett gestrichen, da die Stadt Schwelm für den Bereich Jugendschutzstelle neue vertragliche Regelungen prüft (vgl. auch Vorlage 045/2010).

Abstimmungsergebnis:	dafür	15
	dagegen:	1

Anschließend werden die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen (Anlagen 2 bis 8 zur Vorlage 065/2010) erörtert und teilweise abweichende Beschlüsse gefasst.

Zur Anlage 2 zur Vorlage 065/2010 (FB 1)

Zur lfd. **Nr. 1** HHSt 01.01.01.528100 Aufwendungen für sonstige Sach- u. Dienstleistungen (Produkt: Politische Gremien) wird folgender abweichender **Beschlussvorschlag** formuliert:

Der Ansatz bei Haushaltsstelle 01.01.01.528100 wird ab dem Haushaltsjahr 2010 auf Null gesetzt.

Abstimmungsergebnis:	dafür	3
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	11

Zur lfd. **Nr. 3** HHSt 01.01.02.528100 Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (Produkt: Verwaltungsleitung) wird folgender abweichender Beschlussvorschlag formuliert:

Die Ansätze werden entsprechend dem Verwaltungsvorschlag pauschal um 10 % ab 2010 gekürzt. Außerdem wird ein Sperrvermerk zugunsten des Finanzausschusses eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Frau Dr. Hortolani (SPD-Fraktion) erkundigt sich nach dem Hintergrund für die gekürzten Ansätze bei den lfd. Nr. 5 und 6 im Produkt Gleichstellung von Frau und Mann. Herr Voß antwortet, dass sich in 2010 Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ergeben, da die Stelle im genannten Produkt aktuell nicht besetzt ist und bis zur Wiederbesetzung wohl auch noch etwas Zeit vergeht.

Herr Gießwein (Fraktion B'90/ Die Grünen) merkt zur lfd. Nr. 7 HHSt 01.01.07.525100 Haltung von Fahrzeugen (Produkt: Zentraler Service) an, dass eine pauschale Kürzung der im Ansatz enthaltenen Treibstoffkosten bei den aktuell vorherrschenden Preissteigerungen fraglich ist.

Zur lfd. **Nr. 7** wird folgender Beschlussvorschlag formuliert:

Dem Vorschlag der Verwaltung, die Ansätze ab 2010 um 3.000 € zu kürzen wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis:	dafür	2
	Enthaltungen:	14

Herr Schwunk erkundigt sich nach dem Sachstand des im Vordruck unter lfd. Nr. 7a HHSt 01.01.07.543175 Porto und Versand (Produkt: Zentraler Service) enthaltenen Auftrags an die Verwaltung, alle Versandanbieter auf mögliche Einsparungspotentiale zu überprüfen. Frau Kaltenbach erwidert, dass der Prüfauftrag noch in Bearbeitung ist.

Die Fraktion B'90/ Die Grünen stellt den Antrag bei HHSt 08.01.03.525500 von pauschalen Kürzungen Abstand zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	2
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	12

Zur Anlage 5 zur Vorlage 065/2010 (FB 4)

Herr Gießwein erkundigt sich unter Bezugnahme auf die lfd. **Nr. 2** HHSt 05.04.01.529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen (Produkt: Unterstützung von Migranten), ob bei einer Kürzung der Ansätze ohne Kompensation durch Sponsoren die Durchführung des Folklorefestes und der Ausstellung mit ausländischen Künstlern gefährdet ist. Herr Eibert (Leiter des Fachbereichs 4) antwortet, dass bei Ausbleiben von Sponsoren die Veranstaltungen tatsächlich gefährdet sind.

Die Fraktion B'90/ Die Grünen stellt den Antrag, bei HHSt 05.04.01.529100 keine Kürzungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	8
	Enthaltungen:	8

Zur lfd. **Nr. 3** HHSt 06.01.01.521110 (Produkt: Kinderhort) und **Nr. 6** HHSt 06.01.02.521110 An TBS für Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Produkt: Städtische Kindertagesstätten) merkt Herr Gießwein an, dass die pauschale Reduzierung der Gebäudeunterhaltung nicht dazu führen darf, dass die Gebäude „kaputtgespart“ werden. Gleiches gilt lt. Herrn Gießwein sinngemäß für die lfd. **Nr. 4** HHSt 06.01.01.525500 Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens (Produkt: Kinderhort).

Herr Voß erwidert, dass die vorgesehenen Kürzungen durchaus vertretbar sind und die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und Betriebsbereitschaft der Gebäude dadurch in keiner Weise berührt werden. Außerdem führt er aus, dass auch eine Auswertung der Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre einer Kürzung nicht entgegensteht.

Herr Eibert ergänzt, dass die Ansätze gewissenhaft geprüft wurden und man daher zu dem Schluss gekommen ist, dass die Kürzungen vertretbar sind.

Daraufhin erkundigt sich Herr Gießwein, warum die Ansätze aufgrund dieser Erkenntnisse nicht auch schon in den Vorjahren gekürzt worden sind.

Herr Voß erläutert, dass im Rahmen der Etataufstellung nicht für jeden Ansatz eine gründliche Einzelfallprüfung erfolgen kann und dass dieser Sachverhalt im normalen Tagesgeschäft versehentlich nicht aufgefallen ist. Herr Gießwein kritisiert das Versäumnis der Verwaltung.

Zur lfd. **Nr. 12** HHSt 06.02.01.543190 Sonstige Geschäftsaufwendungen (Produkt: Förderung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen) erkundigt sich Herr Gießwein, ob von dem Hinweis, dass keine Bekanntmachungen in der örtlichen Presse mehr erfolgen, sämtliche Pressemitteilungen des Jugendzentrums umfasst werden.

Herr Kuss erläutert, dass lediglich die förmlichen öffentlichen Bekanntmachungen in der Presse gemeint sind und dass die Pressemitteilungen des Jugendzentrums wie bisher erfolgen.

Die Sitzung wird von 15:10 Uhr bis 15:35 Uhr unterbrochen.

Zur Anlage 6 zur Vorlage 065/2010 (FB 5/6)

Frau Gießwein erkundigt sich unter Bezugnahme auf die lfd. **Nr. 2** HHSt 02.01.01.529100 (Produkt: Allgemeine Sicherheit und Ordnung), ob für den Bereich Feuerbestattungen schon kostengünstigere Alternativen geprüft wurden, insbesondere auch die Möglichkeit von Verbrennungen im Ausland.

Herr Guthier (Leiter des Fachbereichs 5/6) erwidert, dass die Kosten für Verbrennungen ökonomisch verglichen werden. Die Möglichkeit von Verbrennungen im Ausland ist von der Verwaltung noch nicht geprüft worden und daher gegebenenfalls nachzuholen.

Zur lfd. **Nr. 39** HHSt 12.01.01.522111 An TBS für die Unterhaltung der Straßen (Produkt: Gemeindestraßen, -wege, -plätze) stellt die FDP-Fraktion den Antrag die vorgesehenen Kürzungen nicht umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	5
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	9

Zur Anlage 7 zur Vorlage 065/2010 (FB IM)

Zur lfd. **Nr. 6** HHSt 01.01.13.522110 An TBS für die Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens wird von Herrn Gießwein angemerkt, dass in dem genannten Ansatz auch Mittel für die Sanierung der Kunststoffbahn Sportplatz Rennbahn berücksichtigt sind, und daher die HHSt in die beabsichtigten Gespräche mit dem Stadtsportverband e.V. Schwelm und den Schwelmer Sportvereinen eingehen soll (vgl. auch Sitzungsvorlage 090/2010 „Gemeinsame Anträge der Fraktionen SPD, CDU, FDP und B'90/ Die Grünen zum HSK 2010 v. 14.04.2010“). Die Fraktion B'90/ Die Grünen beantragt einen Sperrvermerk zugunsten des Liegenschaftsausschusses.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Zur lfd. **Nr. 14 a** HHSt 13.01.01.529110 TBS Umlage führt Herr Voß aus, dass die TBS Umlage grundsätzlich zusammen mit den Technischen Betrieben zu erörtern ist. Er erläutert, dass über die TBS-Umlage die Kosten des Overheads der TBS umgelegt werden. Außerdem merkt er an, dass es sich hier um eine gesamtbetriebliche Fragestellung handelt und insofern Kürzungen auch immer Auswirkungen auf die innerbetriebliche Struktur der Anstalt haben.

Zur Anlage 8 zur Vorlage zur Sitzungsvorlage 065/2010 (Einzelvorschläge der Verwaltung)

Zur lfd. **Nr. 2** bemerkt Herr Flühöh, dass ihm die geplanten Mehrerträge i.H.v. 100.000 € im Jahr 2010, die durch die beabsichtigte Beteiligung der Benutzer der Sportstätten an den Gebäudekosten erzielt werden sollen, zu hoch erscheinen. Er

führt aus, dass bei durchschnittlich 4.500 Benutzern/ Jahr die Pro-Kopf-Belastung grenzwertig ist.

Herr Voß erläutert, dass die berechneten Mehrerträge nicht über Köpfe, sondern über Nutzerstunden berechnet worden sind.

Herr Gießwein merkt an, dass die beabsichtigte Erhebung eines Kostenbeitrages von den Sportstättenbenutzern auch in die noch zu führenden Gespräche mit dem Stadtsportbund e.V. Schwelm und den Schwelmer Sportvereinen (vgl. auch Sitzungsvorlage 090/2010 „Gemeinsame Anträge der Fraktionen SPD, CDU, FDP und B'90/ Die Grünen zum HSK 2010 v. 14.04.2010“) einfließen sollte und die angestrebten Mehrerträge zur Zeit lediglich Zielgrößen im Rahmen eines noch laufenden Prozesses darstellen.

Frau Dr. Hortolani weist darauf hin, dass Differenzierungen zwischen den einzelnen Benutzergruppen vorgenommen werden sollten. Z.B. sollten Jugendliche oder Senioren weniger belastet werden. Herr Kranz weist darauf hin, dass viele Sportvereine Familienbeiträge erheben und dass sich in diesen Fällen die Umsetzung der Differenzierungen schwierig gestaltet.

Herr Gießwein bittet darum, die Berechnung nach Nutzerstunden zur Verfügung zu stellen.

Herr Voß erläutert, dass die Berechnungsgrundlagen in der Vorlage 085/2010, Anlage 2, lfd. **Nr. 3** dargestellt sind. Er weist auch darauf hin, dass in der Berechnung bereits ein Abschlag für Jugendliche oder ähnliche Gruppen enthalten ist.

Zur lfd. **Nr. 4** (Beiträge der Offenen Ganztagsgrundschulen) und zur lfd. **Nr. 5** (Elternbeiträge im Kinderhort, den städtischen Kindertagesstätten und den Kindertagesstätten freier Träger) stellen die Fraktionen CDU, B'90/ Die Grünen und die FDP den Antrag, die Überprüfung auf mögliche Beitragserhöhungen durch die Verwaltung nicht durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	15
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

Zur lfd. **Nr. 6** (Einführung von Parkgebühren) stellt die Fraktion Schwelmer Wähler Gemeinschaft e.V. den Antrag, den Prüfauftrag durch die Verwaltung nicht durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	1
	dagegen:	16

Zur lfd. **Nr. 9** stellt Die Fraktion B'90/ Die Grünen den Antrag, dass die Verwaltung beauftragt wird, zu überprüfen, inwieweit durch die Vereinnahmung der Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie der privatrechtlichen Leistungsentgelte Kostendeckung erzielt wird.

Abstimmungsergebnis:	dafür	16
	Enthaltungen:	1

Anschließend einigen sich die Fraktionen darauf, die Vorlage auf die Tagesordnung des Rates der Stadt Schwelm zu setzen.

5.6 Anträge der Fraktionen

5.6.1 Gemeinsame Anträge der Fraktionen SPD, CDU, FDP 090/2010 und B'90/Die Grünen zum HSK 2010 vom 14.04.2010

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Rates am 29.04.2010 verlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

5.6.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN 058/2010 "Antrags-/ Prüfauftragsliste für Haushaltssicherungskonzept 2010 ff."

Siehe unter TOP 5.6.8

5.6.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 05.03.10 060/2010 "Konsolidierungsvorschläge"

Siehe unter TOP 6.5.8

5.6.4 Antrag der SWG-Fraktion vom 17.03.2010 055/2010 "Vorschläge zum Haushaltssicherungskonzept"

Siehe unter TOP 6.5.8

5.6.5 Antrag der SPD-Fraktion vom 22.03.2010 053/2010 "Beratungsvorschläge HSK Etat 2010/2011"

Siehe unter TOP 6.5.8

5.6.6 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2010 054/2010 "Vorschläge zur Konsolidierung der städtischen Finanzen"

Siehe unter TOP 6.5.8

5.6.7 Antrag der Fraktion Die Linke vom 24.03.10 068/2010 "Konsolidierungsvorschläge"

Siehe unter TOP 6.5.8

5.6.8 HSK - Vorschläge der Fraktionen 085/2010

Die Fraktionen nehmen die Stellungnahmen der Fachbereiche zu den Fraktionsvorschlägen zum Haushaltssicherungskonzept 2010 und Folgejahre zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

11 Jahresabschluss 2009 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG (GSWS) 074/2010/1

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Rates am 29.04.2010 vertagt.

Abstimmungsergebnis: dafür 12
nicht beteiligt: 5

12 Ordentliche Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs- Unternehmen am 04.05.2010 086/2010

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Vertreterin der Stadt Schwelm, Frau Stadtamtsrätin Marion Mollenkott oder Vertreter wird ermächtigt, in der Hauptversammlung der AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs – Unternehmen am 04.05.2010 den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrates im Sinne der nachstehenden Darlegungen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

13 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen - An TBS AöR für Energiekosten Straßenbeleuchtung 073/2010

Herr Gießwein merkt an, dass man bei der Feststellung des jährlichen Aufwandes für die Energiekosten der Straßenbeleuchtung vom tatsächlichen Energieverbrauch/ Jahr ausgehen sollte und nicht die Ablesetermine der AVU zugrundelegen sollte.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Bei der Buchungsstelle 12.01.01.528111 – An TBS für Energiekosten Straßenbeleuchtung – werden überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 11.267,71 € für das Haushaltsjahr 2009 bewilligt.
Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/-auszahlungen bei der Buchungsstelle 12.01.01.522116 – An TBS für Unterhaltung Straßenbeleuchtung – gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: dafür 16
dagegen: 1

14 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen - Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten - 077/2010

